

FÜR EIN SCHÖNES BAYERN: ECHTER DENKMALSCHUTZ STATT BÜROKRATIE- WAHNSINN!

Denkmäler sind Zeugnisse der Geschichte und Kultur eines Landes. Sie lassen die Vergangenheit auf faszinierende Weise lebendig werden, stiften Identität und ermöglichen es den Menschen, ihre Wurzeln und Traditionen zu ergründen. Doch gerade in Bayern, wo unzählige Denkmäler von einer reichen Geschichte zeugen, gerät dieses wertvolle Erbe zunehmend in Gefahr. Bayern steckt in einer Denkmalschutz-Krise! An immer mehr Orten im Freistaat zeigt sich das gleiche traurige Bild: verfallene Gebäude. Das Problem liegt nicht am fehlenden Willen, sondern an den strikten gesetzlichen Vorgaben. Eigentümer kämpfen oft jahrzehntelang um Fördermittel für die Sanierung ihrer Objekte – und das häufig ohne Erfolg.

Während für sogenannte „Klimaschutzmaßnahmen“ beinahe jede Denkmalschutzregel außer Kraft gesetzt wird, bleibt für alle anderen Vorhaben kaum Spielraum. Der Denkmalschutz sollte jedoch Vorrang vor sogenanntem Klimaschutz haben, um unser kulturelles Erbe auch für kommende Generationen in seiner ursprünglichen Form zu bewahren. Wir wissen um die Verantwortung der Denkmal-Eigentümer, weshalb es entscheidend ist, Fördermittel angesichts enorm gestiegener Baukosten deutlich zu erhöhen. Wir wollen weniger Bürokratie, eine stärkere Anerkennung von Eigenleistung und mehr Bürgerbeteiligung bei Denkmalverfahren. Die AfD möchte bewahren, was Bayern einzigartig, schön und lebenswert macht.



IHRE ANSPRECHPARTNER IM BEREICH WISSENSCHAFT UND KUNST



Ulrich Singer, MdL

- Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst
- Mitglied im Landesdenkmalrat
- stv. Mitglied im Ältestenrat
- stv. Mitglied in der Richterinnen- und Richter-Wahl-Kommission



Benjamin Nolte, MdL

- Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst
- Mitglied im Rundfunkrat
- Mitglied im Unterausschuss 2. Stammstrecke München
- Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr
- stv. Mitglied im Ältestenrat



Ferdinand Mang, MdL

- Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst
- Mitglied im Rundfunkrat
- stv. Mitglied Landesdenkmalrat

Weitere Informationen über
unsere Fraktion und die
Abgeordneten finden Sie unter:
www.afd-landtag.bayern



Folgen Sie uns:

- afd-landtag.bayern
- fb.com/AfD.Bayern.Landtag
- instagram.com/afdlandtagbayern
- twitter.com/AfD_Bayern_LT
- whatsapp.afd-landtag.bayern
- [youtube.com/
@AfDFraktionLandtagBayern](https://youtube.com/@AfDFraktionLandtagBayern)
- tiktok.com/@afd.landtag.bayern
- t.me/AfDLandtagBayern

Newsletter-Abonnement:
afd-landtag.bayern/newsletter

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Vorsitzende: Katrin Ebner-Steiner

Kontakt:

AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Maximilianeum, 81627 München
Telefon: 089 – 4126 2960, E-Mail: info@afd-landtag.bayern

Bildnachweis: metamorworks - stock.adobe.com; Markus Mainka - stock.adobe.co; Animaflora PicsStock - stock.adobe.com; KI-generierte Bilder

Stand: Oktober 2024

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.



FREIE FORSCHUNG, FREIER GEIST

Unsere Arbeit im Ausschuss
für Wissenschaft und Kunst



SACHLICHE INFORMATION STATT IDEOLOGIE UND ZWANGSGEBÜHREN – DER „STAATSFUNK“ MUSS REFORMIERT WERDEN!

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland ist weltweit einsame Spitze. Aber worin? Beim Angebot? In der Berichterstattung? Bei den Einschaltquoten? Nein, weder noch! Der deutsche ÖRR ist der „reichste“ Rundfunk der Welt. 2023 überschritt sein Gesamtbudget erstmals die Grenze von 9 Milliarden Euro. Aber das ist seinen Funktionären immer noch nicht genug, denn in ihrer Kalkulation für 2024 teilen sie mit, dass sie nun mehr als 10 Milliarden Euro benötigen würden.

Bescheiden, oder? Aber der unverantwortliche Umgang mit Geld ist nur ein Teil der langen Mängel-Liste des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Vor allem ist es die Art und Weise, wie Geld „eingetrieben“ wird. Wir alle kennen es: durch den sogenannten „Servicebeitrag“ – treffender bezeichnet, durch den „Zwangsbeitrag“.

Denn wir haben keine Wahl. Ob wir die Medien des ÖRR konsumieren oder nicht: Wir müssen zahlen. Ob uns das Programm gefällt oder nicht: Wir müssen zahlen. Beispiele zeigen, was passiert, wenn man sich weigert: Dann drohen die Zwangsvollstreckung und das Gefängnis!



Antrag:
Bürger vor Zahlungen des Rundfunkbeitrags schützen: Meldebehörden zur Aufklärung über Möglichkeiten zur Vermeidung der Beitragspflicht anhalten

Drucksache 19/743

https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP19/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000000500/0000000599.pdf

Man könnte meinen, dass es kaum ungerechter ginge, oder?

Falsch gedacht! Der ÖRR treibt die Ungerechtigkeit in immer höhere Sphären – insbesondere durch parteiische und einseitige Berichterstattung, durch voreingenommene „Faktenchecker“ oder durch die Förderung von Ideologien aus den Blasen von Grünen, Woken und Klima-Fanatikern. Hinzu kommen die astronomischen Gehälter der Intendanten, die teilweise mehr Geld erhalten als der Bundeskanzler.

So ist es keine Überraschung, dass die Deutschen keine große Lust mehr haben, für diesen ÖRR zu zahlen. Die Zahlen belegen es deutlich:

- ▶ 39 Prozent würden am liebsten gar nichts bezahlen.
- ▶ 13 Prozent würden bis zu 4,99 Euro bezahlen.
- ▶ 16 Prozent bis zu 9,99 Euro.
- ▶ 10 Prozent bis zu 14,99 Euro.
- ▶ 6 Prozent bis zu 18,35 Euro.
- ▶ 7 Prozent würden den derzeitigen Betrag von 18,36 Euro bezahlen.
- ▶ 4 Prozent haben dazu keine Meinung.

Es gibt keine andere Partei, die dem Bürgerwillen verpflichtet ist und diesem aufgeblähten ÖRR-Apparat das Handwerk legen will – nur die AfD. Wir fordern eine massive Reduzierung des Rundfunk-Budgets sowie die Abschaffung des Beitrags-Service und somit auch das Ende des Beitragszwangs!

GUTES DEUTSCH STATT „GENDER-GAGA“!



Seit Jahren wird der Alltag der Bürger mit künstlichen und konstruierten Problemen belastet. Ein Ideologienprojekt nach dem anderen wird erfunden, um die Menschen mit trivialen Dingen zu beschäftigen, während die Lebensqualität nur eine Richtung kennt: abwärts. Eines dieser Ideologiethemas ist das sogenannte „Gendern“ oder die „gengerechte Sprache“.

Zwar hat die CSU in Bayern pompös verkündet, das Gendern zu verbieten – leider jedoch nur im sprichwörtlichen „Kleingedruckten“. Denn das Verbot gilt lediglich für Einrichtungen des Freistaates.

Die AfD ist somit die einzige Partei, die sich für ein vollständiges Verbot von unsinnigen Gender-Formulierungen einsetzt.

Dabei stehen wir an der Seite der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Seit Jahren zeigen sämtliche Umfragen: Die Menschen haben keine Lust aufs Gendern! Bis zu 85 Prozent lehnen das Gendern ab – trotz Dauerwerbung in sämtlichen großen Medien. Ein echtes Genderverbot gibt es nur mit der AfD!



Dringlichkeitsantrag:
Man spricht Deutsch:
Gendersprache verbieten

Drucksache 19/1660

https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP19/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000000500/0000000573.pdf

DIE MEINUNGSFREIHEIT IST EIN FUNDAMENT DER DEMOKRATIE!

Neben dem Zwang, so zu sprechen, wie es ein kleiner pseudoelitärer Kreis verlangt, wird auch der Druck immer größer, die „richtige Haltung“ zu zeigen. Unzählige Male haben wir in den letzten Jahren erlebt, wie kritische Stimmen durch orchestrierte Schmutzkampagnen zum Schweigen gebracht wurden. Und diese Exempel verfehlen ihre Wirkung nicht. Denn 44 Prozent der Deutschen trauen sich nicht mehr, ihre politische Meinung zu äußern. Lediglich 40 Prozent geben an, man könne sie frei zum Ausdruck bringen.

Das ist der niedrigste je in Deutschland gemessene Wert. Aber wer ist schuld daran?



Dringlichkeitsantrag:
Zur Demokratie gehört die Redefreiheit:
Volkssouveränität achten und Rede-
und Versammlungsfreiheit schützen

Drucksache 18/29355

https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000018000/0000018436.pdf

Vor allem die Altparteien. Durch völlig ausufernde „Political Correctness“ haben sie den Korridor des „Sagbaren“ seit Jahren immer weiter eingeschränkt. Und die Mainstream-Medien haben sich diesem Trend voller Eifer angeschlossen. Bereitwillig leisten sie der unsäglichen „Cancel-Culture“ Vorschub. Das zeigt sich beispielsweise in diversen „Faktenchecker“-Formaten, die sich oft anmaßen, ihnen missliebige Fakten so zu drehen, dass sie in das linksgrüne Weltbild passen.

Unsere Gesellschaft hat einen gefährlichen Weg eingeschlagen und muss schleunigst wieder zu einem offenen Diskurs zurückkehren. Die Meinungsfreiheit ist ein Grundpfeiler jeder Demokratie. Wer sie beschneidet, bevormundet die Bürger. Die Grünen mögen vielleicht an Luftschlösser glauben, aber wir tun das nicht. Wir bauen auf solide Fundamente von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – die freie Meinungsäußerung ist eines davon!